

FORUM

Verfassungsfragen an die Regierung

Sehr geehrte Regierungsräte,
Sehr geehrter Herr Regierungschef

Sie haben es geschafft. Sie haben ein fast utopisch klingendes Wahlversprechen in die Tat umgesetzt und die schier unlösbare Aufgabe bewältigt, einen Kompromiss mit dem Fürsten in der Verfassungsfrage zu erringen. Sie haben eine tragfähige Lösung für die Zukunft Liechtensteins gefunden, im Konsens mit dem Fürstenhaus, der Mehrheit der Verfassungskommission, der Landtagsmehrheit, mit Ihrer Regierung selbst und wahrscheinlich auch bald mit der Mehrheit der Bevölkerung.

Es stellen sich dazu jedoch noch ein, zwei Fragen:

- Weshalb betonen Sie immer wieder das Ende des Verfassungsstreites anstatt den Beginn einer besseren Verfassung?
- Weshalb berufen Sie sich ständig auf das gegenseitige Vertrauen, wenn Sie einen tragfähigen Vertrag ausgehandelt haben?
- Weshalb betonen Sie, dass Politik «die Kunst des Möglichen» sei, wenn eine Verfassung doch festlegt, was wem möglich sein soll?
- Weshalb betonen Exponenten Ihrer Partei die Abänderbarkeit dieser Lösung?
- Weshalb ist es gerade jetzt so wichtig, so schnell wie möglich abzustimmen?
- Weshalb weigern Sie sich, die verschiedenen Verfassungsvarianten einander inhaltlich gegenüberzustellen?
- Weshalb ignorieren Sie Fachmeinungen ausgewiesener Verfassungsexperten?
- Weshalb scheuen Sie eine Auseinandersetzung mit den Inhalten der Friedensinitiative?

Falls Ihre Antwort auf die letzte Frage (immer noch) lautet, dass es sinnlos sei über etwas zu diskutieren, das sowieso nicht zustande komme, dann fragen wir uns:

- Finden Sie es gut, dass dies nach unserer heutigen Verfassung und der Fürsteninitiative so ist?
- Wie ist Ihr Verhalten gegenüber Kritikern mit der «Einbindung aller Kräfte» zu vereinbaren?
- Welches sind die inhaltlichen Hauptpunkte, die Sie für das Volk erreicht haben?
- Was für konkrete Änderungen der ursprünglichen fürstlichen Vorschläge meinen Sie, wenn sie von «Bewegungen» sprechen, die Sie erreicht haben?
- Welche neuen Artikel der Fürsteninitiative (Regierungsvorlage) liegen Ihnen besonders am Herzen?
- Wo sehen Sie die Nachteile dieser Initiative, falls es wirklich welche geben sollte?
- Wo liegen die wesentlichen inhaltlichen Verbesserungen zu der bestehenden Verfassung?
- Wie erklären Sie der jüngeren Generation, was für wichtige Schritte in die Zukunft mit der Fürsteninitiative für uns getan wurden?

So sind es doch ein paar mehr Fragen geworden – doch wir werden die Liste hier abbrechen. Es ist uns klar, dass Sie nicht die Zeit haben, uns Jungen alle diese offenen Punkte zu erläutern, doch wir erwarten wenigstens eine baldige Antwort auf die folgenden zwei Fragen, die uns zentral erscheinen:

- Worin besteht der inhaltliche (nicht der formale!) Kompromiss in der Fürsteninitiative?
- Welches sind die wesentlichen Verbesserungen, die die Fürsteninitiative für unsere Zukunft bringt (Artikel einzeln und Verfassung insgesamt)?

Wir hoffen auf eine konkret belegte Antwort (fern von generellen Schlagworten) und verbleiben mit freundlichen Grüßen
jung.initiativ.informiert.

Ein Votum für die Loyalität!

Die Initiativen könnten nicht gegensätzlicher sein, das macht die Abstimmung einfach. Die Fürsteninitiative behält die Monarchie bei, daher ein Ja. Die Friedensinitiative schafft letztlich die Monarchie ab, daher ein Nein. Wenn man einmal eine Republik will, wird sich ein freundschaftlicher Weg dazu finden. Wer glaubt, mit einem doppelten Nein für die bestehende Verfassung zu stimmen, der täuscht sich und andere. Wie kann man zur Monarchie stehen, wenn man nicht zum Landesfürsten steht?

Die Verfassungsvereinbarung berücksichtigt zwei fundamentale Interessen: Das Volk bewahrt seine duale Verfassung und dem Sicherheitsbedürfnis des Fürstenhauses wird Rechnung getragen. Das Ja zur Fürsteninitiative setzt die generationsübergreifende Partnerschaft von Fürst und Volk fort, die Liechtenstein zu so einem wunderbaren Land gemacht. Wesentlich ist die gelebte Verfassungswirklichkeit, wie sorgsam wir mit dem Fürstenhaus und wie friedfertig wir gegenseitig umgehen. Die Fürsteninitiative wird wiederum, gestützt auf die Vernunft und die Erfahrung des Volkes, eine breite Mehrheit finden. Eine demokratische Mehrheit grenzt Demokraten niemals aus.

Dr. Wolfgang Bayer, Gamprin

Für Gott?

Befürworter der Fürsteninitiative vereinnahmen Gott für ihre Aktionen: «Für Gott, Fürst und Vaterland». Was besonders schwer wiegt: Auf ihren anonymen Klebern wird der Fürst grösser geschrieben wie Gott. Ist der Fürst der neue Herrgott? Ist das nicht gotteslästerlich? Kann solches im Sinne des Fürsten sein?

Klaus Biedermann,
St. Josefsgasse 3, Vaduz

So (mit Schloss) oder so (ohne Schloss)? – So nicht!

Das gestern in den Landeszeitungen erschienene anonyme Inserat mit der Fotomontage von Vaduz ohne Schloss lässt erneut die Frage aufkommen, über was die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner am 16. März denn abstimmen: über Verfassungstexte zur Abänderung der bestehenden Verfassung oder über eine Abbruchbewilligung von Schloss Vaduz? Es ist schon sehr bedrückend, dass der Landesfürst solche und ähnliche Inserate billigend in Kauf nimmt. Dass er

die Abstimmung gewinnen will, ist sein gutes Recht. Dass er dafür aber zu demokratisch und rechtlich unzulässigen Mitteln greift, darf nicht hingenommen werden. Nur er ist es ja, der dieses unsägliches Argument, das Land als regierender Fürst zu verlassen, wenn sich das Stimmvolk für die Beibehaltung der bestehenden Verfassung ausspricht, überhaupt ins Spiel gebracht hat. Und nur diese Drohung ist es, die das Land so ungeheuer spaltet. Dabei würden weder die bestehende Verfassung noch das eigene Hausgesetz dem Landesfürsten die Umsetzung dieser Drohung erlauben, was ihn aber nicht zu stören scheint.

Michael Ferster, Zürich/Schaan

Freie Walser

Wir Triesenberger bezeichnen uns gerne als «freie Walser». Frei sein heisst selbstständig und unabhängig sein. Frei sein heisst auch selber verantwortlich sein.

Frei sind wir, wenn wir, die Bürgerinnen und Bürger des Landes, bei einer Abstimmung das letzte Wort haben. Es ist das Gegenteil von Freiheit, wenn der Fürst vom Volk angenommene Abstimmungen ohne Gründe ablehnen kann. Zur Freiheit und zur Demokratie gehört, dass Richter unabhängig sind. Es sieht nicht nach Freiheit aus, wenn ein einzelner, welcher selber keinem Gericht untersteht, über Richter bestimmen kann.

Wir sind freie Walser, wir lassen uns nicht erpressen und wir lassen uns keine Angst machen! Die Drohung des Fürsten, nach Wien zu ziehen, wenn wir seinem Machtausbau nicht zustimmen, ist eine Erpressung.

Wenn wir für die Friedensinitiative stimmen, haben wir das letzte Wort. Wenn wir für die Friedensinitiative stimmen, können wir (wenn es einmal hart auf hart geht) selber über den Landtag und die Regierung bestimmen.

«Jetzt chund's de us, ob'wr würlkli freii Walser sind!»
Josef Schädler, Burkat, Triesenberg

Nostalgie und Emotionen

Es geht in der Verfassungsfrage um mehr als Nostalgie und Emotionen. Unser Grundgesetz wird diskutiert und es stehen zwei verschiedene Initiativen zur Auswahl. Beide Initiativen wollen, obwohl das von einer Seite immer wieder bestritten wird, das duale System erhalten. Wer die beiden Verfassungsvorschläge studiert, sieht, dass der Vorschlag des Fürstenhauses eine Verschiebung zu Gunsten des Monarchen vorsieht und der Vorschlag der Friedensinitiative eine

Verschiebung zu Gunsten des Volkes. Dem Fürsten ist es mittlerweile aber gelungen, die ganze Geschichte um die Verfassung in eine Vertrauensfrage umzuwandeln. Die meisten Leute sehen sich vor die Frage gestellt: Wollt ihr das Fürstentum Liechtenstein erhalten oder nicht? Man kann es nicht oft genug wiederholen: Das Fürstentum Liechtenstein ist nicht in Frage gestellt! Es geht einzig und allein um unsere Verfassung. An dieser Stelle muss einmal mehr gesagt werden, dass niemand den Fürsten aufgefordert hat, das Land zu verlassen. Es ist der Durchlauchte Landesfürst selbst, der nicht müde wird mit seinem Wegzug zu drohen.

Unser Landesfürst und die FBP-Regierung sprechen immer wieder von Vertrauen. Ich frage mich, wie gross das Vertrauen des Fürsten in sein Volk ist, wenn er mehr droht, als durch Argumente zu überzeugen versucht? Nehmen wir an, der Vorschlag des Fürstenhauses würde knapp abgelehnt; wie viele treue Anhänger seiner Familie würde unser Fürst dann quasi im Regen stehen lassen? Meines Erachtens zeugt dieses angedrohte Verhalten von einer unendlichen Geringschätzung dem liechtensteinischen Volk gegenüber.

Alle, die sich bisher nicht oder kaum mit der Materie befasst haben, bitte ich, in den verbleibenden Tagen vor der Abstimmung alle Informationen zu den beiden Initiativen eingehend zu studieren. Es darf nicht sein, dass sich ein ganzes Volk durch eine Kampagne ködern lässt, die hauptsächlich von Emotionen und Nostalgie geprägt ist.

Daniel Walser,
Gapetschstrasse 10, Schaan

Echo

An alle Damen und Herren, die sich so sehr am Beitrag von Stefan Sprenger im FL-Info stossen. Sie kennen sicher alle das Sprichwort: «So wie man in den Wald hinein ruft, ruft es auch wieder heraus.»

Meiner Ansicht nach hat sich Herr Sprenger lediglich als Echo des Fürsten betätigt.

Angela Batliner,
Zweistäpfe 24, Balzers

Das geworfene Handtuch wird zur Flagge Teil 3 des Leserbriefes zum EZ Möleholz

Wir sehen unsere idealistische Heldin das Banner des Widerstandes schwenkend durch Vaduz ziehen. Ermutigt vom Zuspruch ihrer getreuen Petitionäre und gestärkt vom Glauben an Gerechtigkeit. Sie

befragt die einzelnen Händler nach ihrer Meinung bezüglich Zentrumsbelegung und neuem Handelsplatz. Grosser Unmut tut sich kund, neben den 38 Geschäften, die Stellung beziehen, gibt es viele, die aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sind zu schweigen oder schon resigniert haben. Hoch zu Ross wird erklärt ein Händler wohlwollend: «Wissen Sie, wir wollen Vaduz für die gehobenen Kundenschaft – der Ramsch soll nur da draussen bleiben.» Hoffentlich fällt er nicht runter. Diese Neigung zur Klasseneinteilung zeigte schon unser Bürgermeister beim Zerpflücken der Petition. Da die Wahlen vorbei waren und die neuen roten und schwarzen Getreuen informiert werden müssen, bittet unsere unermüdete Heldin vorsehen zu dürfen. Die Schwarzen hören sie an, fragen jedoch gleich, warum sie überhaupt noch käme, laut Protokoll seien doch sämtliche Fragen geklärt. Welches Protokoll denn? pariert sie tapfer diesen Schlag. – Das Geheime vom Bürgermeister natürlich! Diese Frage muss unsere Heldin schnellstens klären. Doch leider hat er, der von 1800 Stimmen gewählt, so viel Arbeit und keine Zeit für die lästigen Fragen der Vertreterin von 1000 Stimmen, dass der Hörer brüsk auf der Gabel landet. Die roten Getreuen haben an einem Treffen erst gar kein Interesse. Trotzdem probiert es unsere Heldin bei einer von ihnen im Glauben, dass jene eine selbstständige Meinung habe. Doch stattdessen hört sie folgende Belehrungen: «Es braucht gesunde Konkurrenz, und seien wir doch ehrlich, um Montags frischen Salat zu bekommen muss man sonst nach Buchs fahren; Mehrverkehr gibt es nicht, es findet nur eine Verlagerung statt; und weil die Nachbarn weniger Sonne bekommen, darf man Privaten doch nicht das Bauen verbieten!»

Danke, genau diese Worte hat schon mal unser Bürgermeister gepredigt, anlässlich einer Kirchenrenovation.

Die Meinung der Bürger wurde zu keinem Zeitpunkt beachtet. Weder die 1000 Petitionäre noch die 70 % Nein der LieWo-Umfrage, weder die 38 Geschäfte noch der Schüler gefährdende Mehrverkehr, weder Emissionen im Wohnquartier noch unberechenbares Verkehrsaufkommen schafften es, im Laufe von zweieinhalb Monaten die Meinung der Volksvertreter zu Gunsten der Bürger zu ändern. Nein, zwei Einzelinteressen zählen mehr. Doch verzagen wir nicht, es gibt ja noch die Regierung und die VBI – und vielleicht folgt dann doch noch ein vierter Teil.

Helena Becker,
Schaanerstr. 70, Vaduz



SOFA, das Volksblatt-Magazin mit den Schwerpunkten

«wohnen – lifestyle – trends»

erscheint am Donnerstag, 3. April 2003 unter anderem mit folgenden Highlights:

- **Frühlingsputz:** Fachmänner und -frauen geben wertvolle Tipps
- **Bike-Fieber:** Wir stellen die attraktivsten Drahtesel vor
- **Mode vom Feinsten:** Wir zeigen Bade-, Hochzeits- und Alltagsmode

Inseratannahmeschluss: 12. März 2003